

Liebe Leserinnen und Leser,  
hier mein Bericht von der Ratssitzung am 15. Dezember 2011.

### **Verwaltungsvorlagen**

Der Entwurf des Jahresabschlusses zum 31.12.2010 wurde dem Rat zugeleitet. Nun wird der Rechnungsprüfungsausschuss ihn prüfen.

Gegen die Linksfraktion stellte der Rat den **Wirtschaftsplan 2012 des Stadtbetriebs Zentrale Dienste** mit einem Volumen von 35 Mio Euro fest.

Der Rat stellte einstimmig den **Wirtschaftsplan des Stadtentwässerungsbetriebes 2012** sowie die Erfolgs- und Vermögensplanung bis 2015 fest. Weiterhin beschloss er einstimmig ab 1.1.2012 **gleich bleibende Gebühren für die Schmutzwasserentsorgung in Höhe von 1,52 Euro je cbm und für die Niederschlagswasserentsorgung in Höhe von 0,98 je qm** befestigter Fläche, wobei für die Niederschlagswasserentsorgung von Gründächern ein ermäßigter Gebührensatz von **0,49 Euro je qm** Gründach gilt. Aus der Gebührenausgleichsrückstellung werden voraussichtlich 6 Mio Euro für 2012 entnommen.

Die **Satzung über die Abwasserbeseitigung** der Grundstücke wurde einstimmig aufgrund geänderter rechtlicher Vorschriften sowie neuer technischer Entwicklungen im Bereich von Bauverfahren neu gefasst. Den privaten Grundstückseigentümern wird mehr Eigenverantwortung übertragen. Die Verantwortung für die im privaten Sonderinteresse befindlichen Anschlusskanäle liegen beim Grundstückseigentümer, auch wenn die Leitungen sich zum großen Teil im öffentlichen Straßenraum befinden. Nunmehr wird die bauliche Unterhaltung der Anschlusskanäle gänzlich auf den Anschlussnehmer übertragen, der dann selbst entscheiden kann, welches Sanierungsverfahren er wählt und welchen von der Stadt zugelassenen Unternehmer er mit den notwendigen Arbeiten beauftragt.

Durch eine **Satzung über Kostenersatz für Arbeiten an Anschlusskanälen** wird geregelt, dass bei besonderen Umständen im öffentlichen Straßenraum oder bei Gefahr im Verzug die Stadt die Arbeiten am Anschlusskanal selbst oder durch einen von ihr beauftragten Unternehmer ausführen kann und die entstehenden Kosten dem Anschlussnehmer in Rechnung gestellt werden.

Der Rat beschloss einstimmig neue **Kostensätze für Leistungen der Chemisch-Biologischen Laboratorien** zum 1.1.2012.

Bei Enthaltung von SPD und BÜ 90 beschloss der Rat gegen Linke und freie Wähler die Gebührenkalkulation und -satzung für die **Straßenreinigung 2012**. Die Gebührensätze werden um 3,4 % erhöht. Bei zahlreichen Straßen wurden die Reinigungsklassen geändert. Die Verpflichtung der Grundstückseigentümer in der Altstadt, zusätzlich in der Straßenmitte einen Bereich von 2 m von Schnee freizuhalten, entfällt. Der Antrag der Linken zur Deckung der Kostensteigerung 0,8 Mio Euro Haushaltsmittel einzusetzen, wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Der Rat beschloss gegen die Linke und freie Wähler bei Enthaltung von SPD, BÜ 90 die Gebührenkalkulation und -satzung für die **Abfallentsorgung 2012**. Die Gebührensätze für die Restmülltonnen steigen um durchschnittlich 3,5 %. Die Gebühren für die Biotonnen werden um 1,35 % bei Teilservice und 4,1 % bei Vollservice erhöht. Der Antrag der Linken, zur Deckung der Kostensteigerungen zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1,5 Mio Euro einzusetzen, wurde von den anderen Fraktionen ebenso abgelehnt wie der Antrag der freien Wähler, runde Beträge in die Abfallsatzung zu übernehmen.

Der Rat beschloss gegen Freie Wähler und Linke bei Enthaltung der SPD neue **Gebühren-tarife für die Friedhöfe**. Während die Gebühren im Bereich des Krematoriums um 8,02 % gesenkt werden können, führen die rückläufigen Bestattungszahlen und die geringere Nachfrage nach Wahlgräbern zu einer geringeren Auslastung der Bestattungsflächen und einem höheren Unterhaltungsaufwand auf den Friedhöfen. Auch aufgrund der Personal-kostensteigerungen werden die Gebühren für Grabnutzungsrechte und die Bestattungen um durchschnittlich 13,6 % erhöht. Der Antrag der Linken, Haushaltsmittel in Höhe von 1,03 Mio zur Deckung der Kostensteigerungen und Defizite der Vorjahre bereitzustellen, wurde von den anderen Fraktionen abgelehnt.

Der Rat beschloss zahlreiche Gebührenerhöhungen:

- Neufassung der **Entgeltordnung des Garten-, Friedhofs- und Forstamtes** mit Erhöhungen der Preise für den Einsatz von Personal, Fahrzeugen, Verleihpflanzen, und die Nutzung von Einrichtungen des Garten-, Friedhof- und Forstamtes (gegen freie Wähler, Linke);
- Änderung der **Verwaltungsgebührensatzung**. Hierdurch werden z.B. die Gebühren für Beglaubigungen von Unterschriften von 1 auf 1,50 Euro und von Abschriften von 1,50 auf 2,50 Euro erhöht. Für Bargeldzahlungen ab einer Höhe von 10 Euro wird eine zusätzliche Gebühr von 1 Euro eingeführt (gegen freie Wähler, Linke);
- die **Parkgebühren** werden in Zone 1 (Innenstadt) um 0,20 Euro je halbe Stunde auf 0,45 in der Zeit von 9 bis 11 Uhr montags bis samstags und 0,95 Euro montags bis freitags 11 bis 18 Uhr und samstags von 11 bis 16 Uhr und in Zone 2 (Derendorf, Zoo, Flingern, Oberbilk, Bilk) um 0,05 Euro je halbe Stunde auf 0,55 Euro von 11 bis 23 Uhr erhöht (gegen freie Wähler, Linke);
- in den städtischen **Museen** werden ab 1.1.2012 die Eintrittspreise um 1 Euro bzw. 2 (Filmmuseum und Familienkarte Aquazoo) erhöht. Der ermäßigte Eintrittspreis bleibt im Aquazoo unverändert (4 Euro), im Filmmuseum wird er von 1,50 auf 2,50 Euro erhöht, in den weiteren Museen von 1,50 auf 2 Euro. Freier Eintritt besteht in der Mahn- und Gedenkstätte, im Kunstraum Düsseldorf sowie für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahren (ausgenommen Aquazoo), Mitglieder der jeweiligen Freundeskreise, PressevertreterInnen, Mitglieder des Kulturausschusses, InhaberInnen der Welcome Card, des Düsseldorfspasses, der Künstlerkarte (nur Film-, Hetjens- und Stadtmuseum), Schwerbehinderte (100 %) (gegen SPD, BÜ 90, freie Wähler, Linke);
- die **Vergnügungssteuer** wird erhöht auf 15 % des Einspielergebnisses in Spielhallen (bisher 9 %) und auf 9 % in Gaststätten und sonstigen Orten (bisher 5 %) (gegen freie Wähler); der Antrag der freien Wähler, die Steuer auf 17 % zu erhöhen, wurde von den anderen Fraktionen abgelehnt.

Der Rat beschloss einstimmig, der Städtischen Realschule In der Lohe, Schwannstr. 5, mit Umzug an den neuen Standort Ottweiler Str. 20 den Namen **Justus-von-Liebig-Realschule** zu geben.

Der Rat stimmte einstimmig **Veränderungen bei den Haltepunkten der Autobücherei** zu. Mit Eröffnung der Stadtteilbücherei Bilk in den Düsseldorf Arcaden und nach der Sanierung der Kinderbücherei im Kinderhaus In der Donk 66 (Hassels) ist die Nachfrage an den Haltepunkten Altenbrückstr. 14 und Bilk, Kronprinzenstraße der Autobücherei stark zurückgegangen. Anstelle dieser Haltepunkte sollen ab Ende Januar in Holthausen, Kaldenberger Straße und in Einbrungen, auf dem Park & Ride Parkplatz Haltestellen der Autobücherei eingerichtet werden.

Der Rat beschloss gegen die Linke die **Veränderungen des Mengenrabatts für Art:card junior**. Künftig können Düsseldorfer Schulen schon bei der Abnahme von mindestens 300 Karten die Art:card junior für 5 Euro pro Karte abnehmen, wenn für mindestens die Hälfte aller Schüler und Schülerinnen die Karte erworben wird. Bei der Min-

destabnahme von 50 Karten kostet die Karte 12 Euro, bei mindestens 100 Karten 10 Euro und bei mindestens 300 Karten 5 Euro. Regulär kostet die Karte 15 Euro, 10 Euro für das zweite Kinde und 5 Euro für das dritte Kind. Der Antrag der Linken, die Art:card junior für Schüler und Schülerinnen generell zum Preis von 5 Euro anzubieten, wurde von CDU und FDP bei Enthaltung von BÜ 90 abgelehnt.

Der Rat beschloss einstimmig **Änderungen der Richtlinie „Klimafreundliches Wohnen in Düsseldorf“** zur Förderung von energetischen Sanierungen von Immobilien im Bestand und zur Reduzierung der CO<sup>2</sup>-Emissionen in privaten Haushalten. Die Anpassung erfolgte aufgrund technischer Entwicklungen, Änderungen seitens des Gesetzgebers und von Erfahrungen in der Abwicklung.

### **Baumaßnahmen**

Der Rat beschloss einstimmig die Ausführung und Finanzierung des Projektes und genehmigte einen entsprechend gefassten Dringlichkeitsbeschluss

- **Erneuerung des Geländers am „Unteren Rheinwerft“** mit Gesamtkosten in Höhe von 1,35 Mio Euro. Der nach einem tödlichen Unfall provisorisch errichtete Stabgitterzaun soll durch neue Seilgeländer als Absturzsicherung mit einer Mindesthöhe von 1,20 m ersetzt werden. Die Arbeiten sollen zwischen Ende Januar und Mitte Mai 2012 ausgeführt werden.

### **Baurecht**

Der Rat beschloss

- eine **Veränderungssperre für die Golzheimer Siedlung** nördlich der Rotterdamer Straße. Der gültige Bebauungsplan bietet keine Möglichkeit, den Gebietscharakter der 1937 fertiggestellten Mustersiedlung der Ausstellung – Schaffendes Volk zu sichern. Deshalb werden zur Zeit die Festsetzungen des Bebauungsplans überarbeitet (einstimmig);
- **den Bebauungsplan Kö-Bogen 2. Bauabschnitt.** Der Bebauungsplan reicht von der Jägerhofstraße/Maximilian-Weyhe-Allee bis zum Martin-Luther-Platz und Teilen der Josephinenstraße. Er umfasst Teile des Hofgartens, den Gustav-Gründgens-Platz, einen der der Schadowstraße, die Tuchtinsel die Berliner Allee mit den Anbindungen an die Klosterstraße, die Immermannstraße und die Blumenstraße sowie die Johanneskirche und den Martin-Luther-Platz. Weiterhin schließt der Geltungsbereich Flächen unter dem bisherigen Jan-Wellem-Platz, dem Schadowplatz, der Königsallee bis zur Elberfelder Straße mit ein, soweit sie für unterirdische Verkehrsanlagen in Anspruch genommen werden bzw. durch die Auswirkungen der Verkehrsmissionen im Umfeld der Elberfelder Straße betroffen sind. Die Tunnelplanungen des 1. Bauabschnittes, die bereits im 2008 beschlossenen Bebauungsplan geregelt wurden, werden nun noch einmal aufgegriffen und um den Tunnel in Nord-Süd-Richtung und einen Abzweig zur Immermannstraße ergänzt. Mit dem Bebauungsplan wird die Errichtung von Gebäuden südlich des Gustav-Gründgens-Platzes, vor der Börse sowie von zwei pavillonartigen Gebäuden in den Fußgängerbereichen, die nach Abriss des Tausendfüßlers entstehen, ermöglicht. Bestehende Baublöcke wurden in den Plan einbezogen und haben zum Teil Erweiterungsmöglichkeiten. Zugelassen werden Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude, Einzelhandel, Gaststätten, Hotels und nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe. Einzelhandelsnutzungen werden in Teilbereichen eingeschränkt bzw. auf maximal das 2. Obergeschoss begrenzt. In einigen Teilgebieten ist Wohnnutzung in festgelegten Geschossen zugelassen, wobei Lärm- und Schadstoffimmissionen berücksichtigt wurden. Die Anbindung der Tiefgaragen am Dreischeidenhaus und Schauspielhaus ist an die beiden Tunnelröhren möglich. Der Zu- und Abfahrtverkehr kann auch über Bleichstraße/Goltsteinstraße bzw. Schadowstraße geführt werden. Die Zufahrt zur Blumenstraße von Norden erfolgt zukünftig über den verkehrsberuhigt gestalteten Martin-Luther-Platz. Für die Freiraumplanung wurde ein Wettbewerbsverfahren durch-

geführt. Die weiterhin oberirdisch verlaufende Straßenbahnschientrasse soll in weitläufige Rasenflächen eingebettet werden. Aufgrund der Tunnelrampen entfällt die Jägerhofpassage. Die Hofgartenbereiche werden oberirdisch für Fuß- und Radverkehr mit behindertengerechten Rampen verknüpft (gegen SPD, BÜ 90, Linke).

## Haushalt 2012

Abgelehnt wurden folgende SPD-Anträge:

- **Rückführung der Gewinnausschüttung 2009 an den Stadtentwässerungsbetrieb.** Der Rat hatte zum Haushalt 2010 beschlossen, einen Teilbetrag von 4,2 Mio des Jahresgewinn 2009 in Höhe von 4,7 Mio an den städtischen Haushalt abzuführen. Der damalige Stadtdirektor hatte erklärt, wer würde sie sofort rückgängig machen, sollte sich die Wirtschaft besser entwickeln als erwartet. Das Has Haushaltsjahr 2010 nicht wie erwartet mit einem Fehlbetrag sondern einem Überschuss in Höhe von 62 Mio Euro abschließt, sollte die Zusage umgesetzt und die Eigenkapitalquote einer Empfehlung der Wirtschaftsprüfer folgend erhöht werden.
- **Stadt- und Mobilitätsplanung für Bürgerinnen und Bürger:** Beschleunigungskonzept für den Öffentlichen Personennahverkehr, Radwegekonzept mit dem Ziel, den Anteil des Fahrradverkehrs bis 2015 auf 20 % und bis 2020 auf 25 % zu steigern, Handlungs- und Umsetzungskonzept für einen barrierefreien öffentlichen Stadtraum, Strategie- und Umsetzungskonzept zur Einführung einer intelligenten Mobilitätskate als Pilotprojekt;
- **Förderprogramm zum Austausch von stark emittierenden Festbrennstofföfen** in Privataushalten mit einer Finanzausstattung von 0,5 Mio Euro;
- Vorlage eines Konzeptes **Masterplan Kulturbauten** mit dem Ziel, eine zeitgemäße bauliche Anpassung der städtischen Kultureinrichtungen zu erreichen; Bereitstellung von Planungsmitteln in Höhe von 100.000 Euro;
- 83.300 Euro für die **Erneuerung der Fenster und Außenjalousien im AWO zentrum plus Unterbach**;
- **Büro für Interkultur**, um in der Verwaltung und der Stadtgesellschaft das interkulturelle Bewusstsein zu fördern und stärker zu nutzen;
- 20.900 Euro Mietzuschuss für den **Kulturbahnhof Gerresheim**.

Den Antrag, die Baumaßnahmen zur Umsetzung des Masterplans Schulen durch die Industrieterrains Düsseldorf (IDR) mit Priorität für Ganztags- und Übermittagsbetreuung, um weiteren Zeitverzug zu vermeiden, durchführen zu lassen, zog die SPD zurück, nachdem die Verwaltung vergaberechtliche Bedenken äußerte.

Abgelehnt wurden gemeinsame Anträge von SPD und BÜ 90/Die Grünen

- Nachhaltige **Zukunftsstrategie für die Städtische Wohnungsgesellschaft:** keine Kürzung sondern Fortführung des Modernisierungs- und Energiesparprogramms, Konzept für die Fertigstellung von 100 Wohneinheiten jährlich, befristete Anhandgabe städtischer Wohnbauflächen zugunsten der Städt. Wohnungsgesellschaft, Begrenzung des Verkaufs des so genannten Streubesitzes, neues Konzept zum weiteren Verkauf von Streubesitz;
- **Ausbau der Suchtprävention im Bereich Glücksspiel- und Computersucht** in einer Größenordnung von 0,3 Mio Euro aus der beschlossenen Erhöhung der Vergnügungssteuer;
- **Beschäftigungsförderungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für langzeitarbeitslose Menschen:** 3 Mio Euro, Fachkräfteprogramm für qualifizierende und integrationsorientierte Arbeit bei den Trägern, Lohnkostenzuschussprogramm in Höhe von 0,5 Mio zur Förderung der Einstellung von Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen, zusätzliche Beschäftigungsfördernde Maßnahmen für Menschen, die nur eingeschränkt arbeitsfähig sind, in Höhe von 1,5 Mio Euro, Einrichtung einer ämter-

übergreifenden Arbeitsgruppe „Beschäftigungsförderung“ zur Fortentwicklung und Optimierung.

Weitere Änderungsanträge von BÜ 90 und den Linken wurden abgelehnt.

Im Jugendhilfeausschuss gemeinsam mit den Vertretern der Verbände beschlossene Erhöhungen der Mittel für den Kinder- und Jugendförderplan wurden durch die Ratsmehrheit wieder reduziert. Auch der Bau der Skateranlage wurde nicht in die Liste der beabsichtigten Baumaßnahmen, für die noch keine Haushaltsmittel veranschlagt wurden, aufgenommen.

Der Antrag von CDU und FDP, die Fragestellung einer pauschalierten Förderung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit unter Arrondierung der vorhandenen Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen mit den Freien Trägern zu klären, wurde gegen SPD, BÜ 90, Linke beschlossen.

Der Gesamthaushalt wurde mit den Stimmen von CDU, FDP, freien Wählern gegen SPD, BÜ 90, Linksfraktion beschlossen.

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen. Die Anträge der SPD sind ebenso wie die Haushaltsrede von Markus Raub im Internet zu finden: [www.spd-ratsfraktion-duesseldorf.de](http://www.spd-ratsfraktion-duesseldorf.de).

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern ein frohes und friedliches Weihnachtsfest und für 2012 Gesundheit, Glück und Zufriedenheit.

Mit freundlichen Grüßen  
Helga Leibauer

**V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,  
Email: [helgaleibauer@arcor.de](mailto:helgaleibauer@arcor.de)**